

Dr. Wolfgang Mückstein  
Bundesminister

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.602.047

Wien, 20.9.2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichteten schriftlichen parlamentarischen **Anfragen Nr. 7533/J bis Nr. 7541/J der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm und weiterer Abgeordneter betreffend BVAeB-Ombudsstelle und Coronamaßnahmen 2020/2021** in den Bundesländern wie folgt:

Ich schicke zu sämtlichen Anfragen voraus, dass sich diese auf Fragen des *Vollzugs durch die Sozialversicherungsträger* beziehen. Ungeachtet der Tatsache, dass dieser an sich nicht Gegenstand des Interpellationsrechts nach Art. 52 B-VG ist, habe ich in vorliegender Angelegenheit eine Stellungnahme der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) eingeholt. Diese Stellungnahme habe ich der Beantwortung zu Grunde gelegt.

Auf Grund der besseren Übersichtlichkeit wurden dabei sämtliche, im Wesentlichen (bis auf die Bezeichnung des jeweiligen Bundeslandes) gleichlautenden Anfragen in einer Beantwortung zusammengezogen.

Eingangs hat die BVAEB mitgeteilt, dass sie als bundesweiter Versicherungsträger eine zentrale Ombudsstelle habe, welche alle einlangenden Anliegen zentral bearbeitet. Daher sei von einer Gliederung aller Anfragen auf die verschiedenen Bundesländer abzusehen.

Ebenso sei anzumerken, dass die Zentrale Ombudsstelle der BVAEB weder für Ansuchen um Rechtsschutz, noch für die Erstellung und Durchsetzung von politischen und rechtlichen Corona- Maßnahmen zuständig sei, sondern lediglich erste Anlaufstelle für Lob, Anregungen oder Beschwerden an die BVAEB sei und bei Missverständnissen und Konflikten vermittele.

#### **Fragen 1 bis 6:**

- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die BVAeB-Ombudsstelle seit dem 1.1.2020 insgesamt gestellt?*
- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die BVAeB-Ombudsstelle seit dem 1.1.2020 für die jeweiligen Bundesländer insgesamt gestellt?*
- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die BVAeB-Ombudsstelle im inhaltlichen Zusammenhang mit politischen und rechtlichen Corona-Maßnahmen seit dem 1.1.2020 für die jeweiligen Bundesländer insgesamt gestellt?*
- *Welche anderen politischen und rechtlichen Maßnahmen haben diese Ansuchen an die BVAeB-Ombudsstelle seit dem 1.1.2020 für die jeweiligen Bundesländer umfasst?*
- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die BVAeB-Ombudsstelle im Zeitraum 1.1.2010 bis 31.12.2019 insgesamt gestellt (aufgelistet nach den einzelnen Jahren)?*
- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die BVAeB-Ombudsstelle im Zeitraum 1.1.2010 bis 31.1.22019 für die jeweiligen Bundesländer insgesamt gestellt (aufgelistet nach den einzelnen Jahren)?*

Hiezu hat die BVAEB nachfolgende Tabelle übermittelt und angemerkt, dass die genannten Zahlen nur Anfragen beinhalten würden, die aufgrund ihrer Komplexität einer schriftlichen Stellungnahme durch eine andere Fachabteilung bedürften. Somit seien jegliche geführte Telefongespräche sowie persönliche Vorsprachen, aber auch solche schriftlichen Anfragen, welche seitens der Zentralen Ombudsstelle direkt bearbeitet würden, nicht gelistet.

2010-2012	Leermeldung, da die Zentrale Ombudsstelle erst 2013 eingerichtet wurde
2013	247
2014	414

2015	423
2016	410
2017	440
2018	495
2019	556
2020	1.040 – davon im Zusammenhang mit der Thematik Corona: 44
2021 (Stand: 23.08.2021)	762 – davon im Zusammenhang mit der Thematik Corona: 63

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Mückstein

